

OECD-Ausblick Regulierungspolitik 2015

Länderprofil

Deutschland



Access links

- **OECD-Ausblick Regulierungspolitik 2015:** www.oecd.org/publications/oecd-regulatory-policy-outlook-2015-9789264238770-en.htm
- **Indikatoren zur Regulierungspolitik und Governance (iREG) und die zu Grunde liegenden Daten:** www.oecd.org/gov/regulatory-policy/measuring-regulatory-performance.htm
- **Regulierungspolitik in Deutschland:** www.oecd.org/regreform/regulatory-policy/germany.htm
- **OECD-Ausblick Regulierungspolitik Länderprofile:** www.oecd.org/regreform/regulatory-policy/outlook-country-profiles.htm
- **OECD-Website zum Thema Regulierungspolitik:** www.oecd.org/governance/regulatory-policy/

Überblick

Deutschland hat in den vergangenen Jahren deutliche Verbesserungen an seinem regulierungspolitischen System vorgenommen. 2013 führte die Bundesregierung eine systematische Ex-post-Evaluierung für Rechtsvorschriften ein, deren Erfüllungsaufwand 1 Mio. Euro jährlich übersteigt, und 2011 verbesserte sie ihre Kostenschätzungen im Rahmen der Ex-ante-Folgenabschätzungen, die für alle Rechtsvorschriften durchgeführt werden und der Prüfung durch den Nationalen Normenkontrollrat unter Beteiligung des Statistischen Bundesamts unterliegen. Dem für bessere Rechtsetzung zuständigen Staatsminister im Bundeskanzleramt obliegt die Förderung ressortübergreifender Fortschritte bei der Verbesserung der Regulierung, und eine eigene Organisationseinheit im Bundeskanzleramt koordiniert und überwacht das Programm zum Bürokratieabbau und zur besseren Rechtsetzung. Die Bundesministerien des Innern sowie der Justiz und für Verbraucherschutz prüfen, ob geplante Rechtsvorschriften jeweils mit dem bestehenden Rechtssystem und den übrigen Rechtsvorschriften im Einklang stehen.

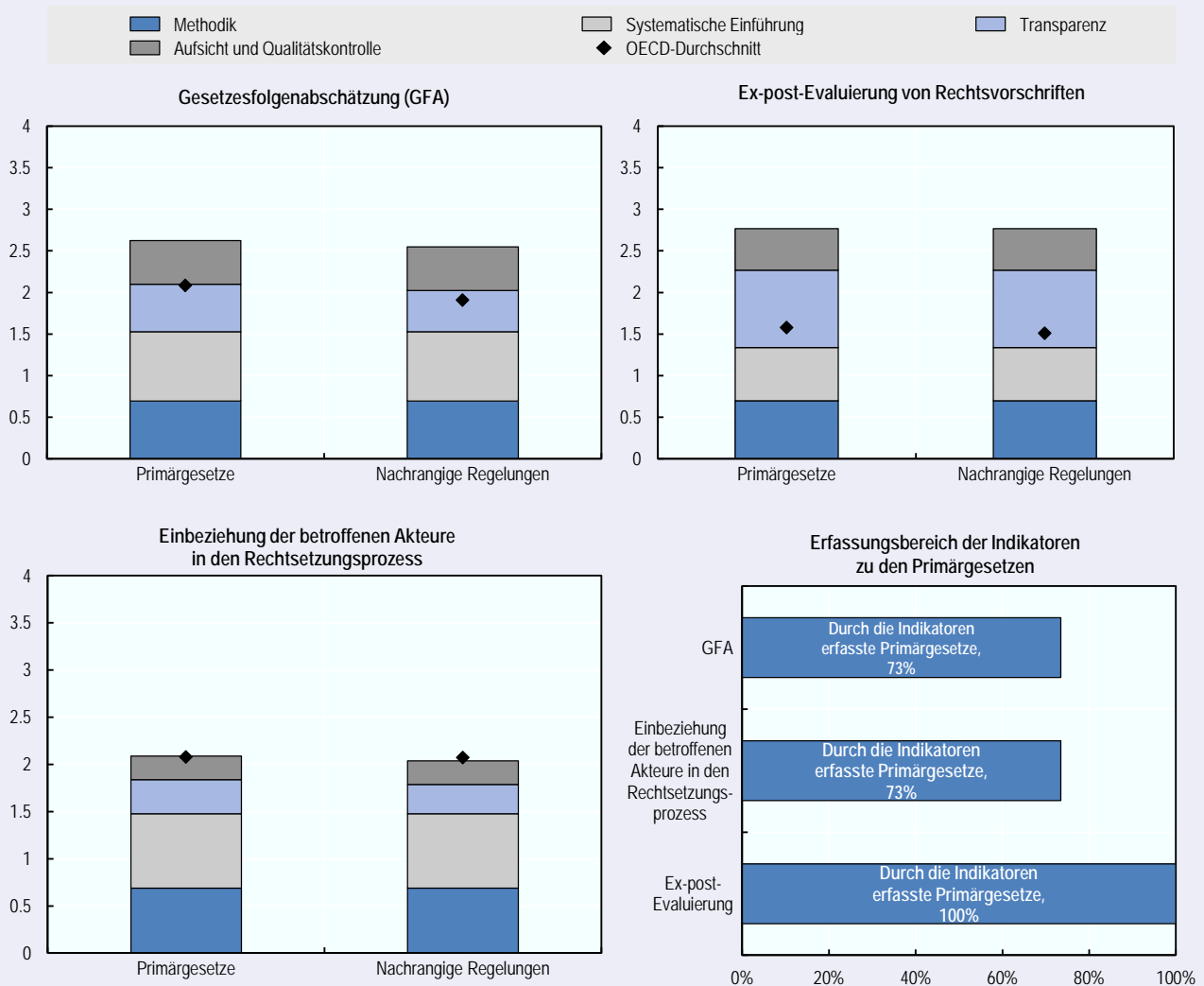
Die Bundesregierung hat besonderes Augenmerk auf die Reduzierung der durch die Regulierung bedingten Kosten gelegt, indem sie vor kurzem eine „One in, one out“-Regel eingeführt hat; gleichzeitig hat sie das Potenzial der Regulierungspolitik, über die Verwaltungsvereinfachung hinaus, noch nicht voll ausgeschöpft. Für Deutschland wäre eine unabhängige ständige Kapazität von Vorteil, die regelmäßig umfassende gründliche Prüfungen von Sektoren oder Politikbereichen durchführt und damit die Grundlage für umfangreiche Regulierungsreformen schafft. Um die Daten über die Regulierungskosten im Kontext zu sehen, könnte eine Verpflichtung eingeführt werden, den Nutzen von Regeln zu prüfen. Zudem verfügt Deutschland zwar über ein gut etabliertes System zur Konsultation der Sozialpartner, Fachleute und anderer Vertreter der betroffenen Parteien, es könnte die Konsultationen der breiten Öffentlichkeit jedoch systematischer zugänglich machen, der Öffentlichkeit Folgenabschätzungen zur Konsultation vorlegen und Reaktionen auf im Rahmen der Konsultationen abgegebene Stellungnahmen systematisch im Internet veröffentlichen.



Fokus: Rolle des Statistischen Bundesamts bei der Evaluierung der Regulierungspolitik

Das Statistische Bundesamt in Deutschland führt gegenwärtig repräsentative Befragungen darüber durch, wie die Bürger und Unternehmen die Qualität der öffentlichen Verwaltung und des Rechts im Zusammenhang mit dreißig Lebens- bzw. Unternehmenssituationen wie der Geburt eines Kindes, der Unternehmensgründung, der Leistung von Steuerzahlungen oder der Einstellung von Beschäftigten wahrnehmen. Die Befragungen werden regelmäßig wiederholt werden. Bürger und Unternehmen können Informationen über die Abläufe im Zusammenhang mit den ausgewählten Lebens- bzw. Unternehmenssituationen auf der eigens dafür gestalteten Website www.amtlich-einfach.de abrufen und Feedback zu ihren Erfahrungen im Zusammenhang mit den einzelnen Lebensereignissen geben. Das Statistische Bundesamt überprüft zudem die Erfüllung der von der Bundesregierung festgelegten Ziele zur Verringerung der Folgekosten und des Verwaltungsaufwands und prüft für jedes Gesetz und jede Regelung retrospektiv, ob die vorab erfolgte Kostenabschätzung zutreffend war, wobei es seine Bürokratiekostendatenbank gegebenenfalls aktualisiert. Außerdem unterstützt das Statistische Bundesamt die Ministerien auf Antrag bei der Beurteilung, ob die Regulierungsziele erreicht wurden.

Indikatoren zur Regulierungspolitik und Governance 2015



1. In den Abbildungen sind die aggregierten Werte aller vier Kategorien dargestellt, die für jeden Indikator den zusammengesetzten Gesamtwert ergeben. Der Höchstwert für jede Kategorie beträgt eins, und der Höchstwert für jeden zusammengesetzten Indikator beträgt vier.
2. Die im Indikator zu den Primärgesetzen dargestellten Daten zur Gesetzesfolgenabschätzung und zur Einbeziehung der betroffenen Akteure erfassen lediglich die Gesetzgebungsprozesse, die durch die Exekutivorgane der Bundesregierung durchgeführt werden. Da in Deutschland rd. 73% der Primärgesetze von der Exekutive initiiert werden, sind in den Indikatoren zur Gesetzesfolgenabschätzung und zur Einbeziehung der betroffenen Akteure rd. 73% der Primärgesetze erfasst. Im Rahmen der Gesetzgebungsprozesse, die auf die Initiative des Bundestags zurückgehen, ist die Konsultation der breiten Öffentlichkeit und die Durchführung von Gesetzesfolgenabschätzungen in Deutschland nicht formell vorgeschrieben. Die im Indikator zu den Primärgesetzen dargestellten Daten zur Ex-post-Evaluierung erfassen sowohl die Gesetzgebungsprozesse, die durch den Bundestag als auch durch die Exekutivorgane der Bundesregierung initiiert werden. Der Prozentsatz der durch den Bundestag initiierten Primärgesetze ist der Durchschnitt der Jahre 2011-2013.

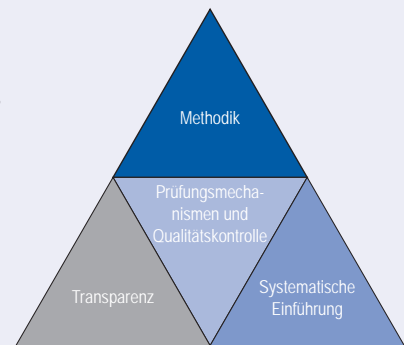
Quelle: Ergebnisse des Regulatory Indicators Survey von 2014, www.oecd.org/gov/regulatory-policy/measuring-regulatory-performance.htm.

Statlink: <http://dx.doi.org/10.1787/888933263158>

Indikatoren zur Regulierungspolitik und Governance 2015 (iREG)

Die drei zusammengesetzten Indikatoren bieten einen Überblick über die Praktiken eines Landes in den Bereichen Einbeziehung der betroffenen Akteure, Gesetzesfolgenabschätzung (GFA) und Ex-post-Evaluierung. Jeder Indikator umfasst vier gleich gewichtete Kategorien:

- *Systematische Einführung*: erfasst formelle Verpflichtungen und wie oft diesen Verpflichtungen in der Praxis nachgekommen wird.
- *Methodik*: erfasst Informationen über die in den einzelnen Bereichen verwendeten Methoden, z.B. die Arten der abgeschätzten Folgen oder die Häufigkeit, mit der die verschiedenen Arten der Konsultation durchgeführt werden.
- *Prüfungsmechanismen und Qualitätskontrolle*: erfasst die Rolle der Kontrollinstanzen und die öffentlich zugänglichen Evaluierungen.
- *Transparenz*: erfasst Informationen auf Grundlage der Fragen, die sich auf die Grundsätze der offenen Regierung beziehen, z.B. ob Regierungsentscheidungen veröffentlicht werden.



Die zusammengesetzten Indikatoren beruhen auf den Ergebnissen des OECD Regulatory Indicators Survey von 2014, in dessen Rahmen Informationen von allen 34 OECD-Ländern und der Europäischen Kommission mit Stand vom 31. Dezember 2014 erhoben wurden. Bei der genannten Erhebung liegt das Augenmerk auf der regulierungspolitischen Praxis, wie in der OECD-Empfehlung zu Regulierungspolitik und Governance von 2012 beschrieben. Je mehr der entsprechenden Verfahren ein Land eingeführt hat, desto höher ist sein Indikatorwert. Weitere Informationen zur Methodik können online abgerufen werden unter www.oecd.org/gov/regulatory-policy/measuring-regulatory-performance.htm.

Die Indikatoren bieten zwar einen Überblick über den regulierungspolitischen Rahmen eines Landes, sie können die komplexen Gegebenheiten im Hinblick auf seine Qualität, seine Nutzung und seine Wirkungen jedoch nicht vollständig erfassen. Daher sind gründliche Länderprüfungen erforderlich, um die Indikatoren zu ergänzen und spezifische Empfehlungen für Reformen zu formulieren.

OECD-Ausblick Regulierungspolitik 2015

Der OECD-Ausblick Regulierungspolitik (www.oecd.org/publications/oecd-regulatory-policy-outlook-2015-9789264238770-en.htm) bietet die erste evidenzbasierte länderübergreifende Analyse der von den OECD-Ländern bei der Verbesserung ihrer Rechtsetzungspraktiken erzielten Fortschritte. Die Ergebnisse beruhen auf den Resultaten des *OECD Regulatory Indicators Survey von 2014*.

Wichtigste Ergebnisse:

- Gesetze und Regulierungen sind zusammen mit Steuern und Ausgaben grundlegende Instrumente, um Politikziele wie Wirtschaftswachstum, soziales Wohlergehen und Umweltschutz zu erreichen. Die OECD-Länder haben sich auf höchster politischer Ebene zu einer klaren Gesamtregierungspolitik für Regulierungsqualität verpflichtet und ein ständiges Organ mit regulatorischer Aufsichtsfunktion eingerichtet.
- Die Umsetzung der Regulierungspolitik variiert in Umfang und Form erheblich von einem Land zum anderen. Zwar wurden auf breiter Ebene Gesetzesfolgenabschätzungen eingeführt, es prüfen jedoch nur wenige Länder systematisch, ob ihre Gesetze und Verordnungen die gesetzten Ziele tatsächlich erreichen. Die Einbeziehung der betroffenen Akteure in den Rechtsetzungsprozess ist in den OECD-Ländern weit verbreitet und erfolgt zumeist in der Endphase des Rechtsetzungsverfahrens.
- Die Exekutivorgane der nationalen Regierungen haben in den vergangenen zehn Jahren bedeutende Fortschritte bei der Verbesserung der Regulierungsqualität erzielt. Die Parlamente, Regulierungsbehörden und nachgeordneten sowie internationalen Regierungsebenen müssen stärker einbezogen werden, um zu gewährleisten, dass evidenzbasierte und effiziente Gesetze und Verordnungen in Kraft sind, die die Wirtschaft ankurbeln und das Wohlergehen fördern.
- Die Auswirkungen der Regulierungspolitik könnten weiter verbessert werden, indem Mängel bei der Umsetzung und dem Vollzug von Rechtsvorschriften beseitigt und neue Ansätze im Hinblick auf die Gestaltung und Umsetzung von Rechtsvorschriften in Erwägung gezogen werden, beispielsweise solche, die auf der Verhaltensökonomie beruhen.

Kontakt:

Christiane Arndt, Programmleiterin, Messung von Regulierungsperformance, christiane.arndt@oecd.org
und Céline Kauffmann, Stellvertretende Abteilungsleiterin, Regulierungspolitik, celine.kauffmann@oecd.org